



Dr. Karamba Diaby (BZI Vorsitzender, Sachsen-Anhalt)



- 8 Unterstützung der kommunalen Integrations- und Ausländerbeiräte, die im NIP formulierten Selbstverpflichtungen der Kommunalen Spitzenverbände in den Kommunen umzusetzen
- 9 Verstärkung von Diversity und Interkulturelle Öffnung und deren Umsetzung durch Sensibilisierung und Unterstützung von Unternehmen, Organisationen und Kommunen
- 10 Entfaltung von Aktivitäten, um den Bildungserfolg von Kindern mit Migrationshintergrund zu erhöhen durch Stärkung der Elternarbeit in den Kommunen
- 11 Stärkung unserer Aktivitäten im Bereich Migration und Arbeitsmarkt, insbesondere durch unsere Mitwirkung am bundesweiten Netzwerk Integration durch Qualifizierung (IQ)

Historie

- Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat wurde im Mai 1998 als Bundesausländerbeirat in Osnabrück gegründet
- Vertreterinnen und Vertreter von 450 Ausländerbeiräten schlossen sich zusammen
- 45 Gründungsdelegierte beschlossen einen fünfzehn Punkte umfassenden Katalog mit mehreren politischen Forderungen, in dem unter anderem die Einführung eines generellen Wahlrechts sowie der doppelten Staatsbürgerschaften für alle in Deutschland lebenden AusländerInnen, ein Verbot rechtsextremistischer Parteien gefordert wird

Stellvertretende Vorsitzende

(Fotos von links nach rechts)

- Philip Egbune (Thüringen)
- Phuong Kollath (Mecklenburg-Vorpommern)
- Memet Kılıç (Baden-Württemberg)
- Hüseyin Yalcın (Bayern)
- Vito Contento (Rheinland-Pfalz)
- Nesrin Odabaşı (Niedersachsen)
- Ismail Özdoğan (Hessen)
- Argyri Paraschaki (Baden-Württemberg)

Kontakt

BZI (Geschäftsstelle)
 c/o Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte
 Rheinland-Pfalz (AGARP)
 Frauenlobstr. 15
 55118 Mainz
 Telefon: 06131-63 84 35
 Fax: 06131-67 94 37
 E-Mail: info@bundeszuwanderungsrat.de
www.bundeszuwanderungsrat.de

Fotos: morguefile.com





Unsere Aufgaben...

der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) ist der Dachverband der Landesarbeitsgemeinschaften und setzt sich zusammen aus rund 320 demokratisch gewählten kommunalen Ausländer-, Integrations- und Migrationsbeiräten. **Der BZI versteht sich als legitimiertes Vertretungsorgan von über 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber...**

- der Bundesregierung,
- dem Bundestag,
- allen Landesregierungen,
- allen relevanten Organisationen auf Landes- und Bundesebene.

Folgende Bundesländer sind im BZI vertreten:

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Brandenburg
- Bremen
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen-Anhalt
- Thüringen

Unsere Aufgabenstellung...

Der BZI setzt sich auf demokratischem Wege für die politische, rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Menschen mit Migrationshintergrund ein. Er verfolgt das Ziel, die Integrationsdefizite in der Gesellschaft zu beseitigen und die politische Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu verbessern. Wir beteiligen uns am aktuellen politischen Geschehen und unterstützen die Landesverbände bei der Umsetzung der migrationspolitischen Ziele auf kommunaler und Landesebene.

Wir arbeiten unter anderem in folgenden Gremien mit...

- Integrationsgipfel der Bundesregierung
- Interkultureller Rat
- Haus der Geschichte, Arbeitskreis gesellschaftlicher Gruppen
- Bundesforum gegen Rassismus
- ENAR bzw. Netz gegen Rassismus
- Bundesforum Familie
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- Steuerungsgruppe IQ (Integration durch Qualifizierung)
- Lenkungskreis des Projektes 'Integrationspotentiale in kleinen Städten und Gemeinden' der Schader-Stiftung
- Arbeitskreis Migration und Integration im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge
- NIP (Nationaler Integrationsplan)
- Beirat für Fragen der Inneren Führung beim Bundesministerium der Verteidigung

Unser Beitrag zum Nationalen Integrationsplan der Bundesregierung (11 Punkte)...

- 1 Maßnahmen zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements von MigrantInnen in Abstimmung mit unseren Landesverbänden
- 2 Unterstützung der Fortentwicklung von MSO's und Intensivierung ihrer Rolle als Partner und Akteure im Integrationsprozess. Transferierung des Empowerment von MSO's in andere Bundesländer
- 3 Stärkung des Austausches zwischen den Institutionen, Verbänden und MSO's, durch unsere Mitwirkung im Bundesnetzwerk für Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Transfer von Modellen und Erfahrungen zur Stärkung der MSO's
- 4 Förderung der Angebote an MigrantInnen zur politischen Bildung und Partizipation mit geeigneten Maßnahmen
- 5 Erweiterung der Angebote für kommunale Integrations- und Ausländerbeiräte, an Fachgremien mitzuarbeiten
- 6 Entwicklung von Maßnahmen, um die kommunalen Integrations- und Ausländerbeiräte als Anlaufstellen für Diskriminierungen nach dem AGG zu entwickeln. Aufbau von Netzwerken und Kooperationen vor Ort zu anderen Anlaufstellen und zur Nationalen Antidiskriminierungsstelle
- 7 Sensibilisierung von Mehrheitsgesellschaft und ethnischen Communities für die Grundwerte des demokratischen Verfassungsstaates und Entwicklung einer fairen und demokratischen Diskussionskultur